



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Julia Post, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Kerstin Celina, Andreas Hanna-Krahl, Sanne Kurz, Eva Lettenbauer, Gabriele Triebel, Dr. Sabine Weigand, Christian Zwanziger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Tarifeinigung im TV-L auf Bayerns Beamtinnen und Beamte übertragen – Agenda für den öffentlichen Dienst 2030 vorlegen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. die Besoldung der Beamtinnen und Beamten in Bayern unverzüglich an den jüngsten Abschluss in der Tarifrunde der Länder (Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder – TV-L) anzupassen und das Tarifiergebnis auf Besoldung und Versorgung ab dem 1. April 2026 zu übertragen, auch um eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen,
2. weitere Maßnahmen zu ergreifen, um den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern den Rücken zu stärken und Orientierung zu geben, anstatt sie zu verunsichern, insbesondere
 - bis Ende des ersten Halbjahres 2026 einen Plan für den angekündigten Abbau von 10 000 Stellen im öffentlichen Dienst in Bayern vorzulegen,
 - moderne Personalstrategien zu entwickeln und die Absenkung der familienpolitischen Teilzeitgrenze von bisher 18 auf künftig 14 Jahre zurückzunehmen,
3. dem Landtag eine Agenda 2030 für eine echte Modernisierung des gesamten öffentlichen Dienstes vorzulegen, mit der der öffentliche Dienst gezielt auf die Herausforderungen der kommenden Jahre, allen voran den demographischen Wandel und die Digitalisierung, vorbereitet ist. Zudem soll bei den derzeitigen Bestrebungen, den Staat und seine Verwaltung effizienter, einfacher, bürgernäher und digitaler zu machen, die öffentliche Verwaltung nicht nur mitgedacht, sondern auch stärker als bisher einbezogen werden, auch in die von der Staatsregierung angekündigte Kommission zur Staatsreform. Gewerkschaften und Verbände müssen Teil dieser Kommission sein.

Begründung:

Ein leistungsfähiger und attraktiver öffentlicher Dienst ist die Grundlage für einen funktionierenden Staat. Die zeit- und wirkungsgleiche Übertragung des jüngsten Abschlusses der Tarifrunde der Länder auf die Beamtinnen und Beamten ist daher geboten, um eine verfassungsgemäße Alimentation sicherzustellen und das Vertrauen in den Dienstherrn nicht weiter zu beschädigen. Gleichzeitig verschärfen der Fachkräftemangel und der demographische Wandel den Druck auf die Verwaltung erheblich. Vor diesem Hintergrund sind zusätzliche Belastungen – etwa durch unklare Pläne zum Abbau von 10 000 Stellen – ohne ein tragfähiges Konzept nicht verantwortbar.

Darüber hinaus braucht es eine klare Strategie zur Stärkung und Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Dazu gehören verlässliche Perspektiven für die Beschäftigten, moderne und familienfreundliche Arbeitsbedingungen sowie eine echte Einbindung der Verwaltung in Reformprozesse. Die Rücknahme der Absenkung der familienpolitischen Teilzeitgrenze ist ebenso erforderlich wie eine umfassende Agenda, die Digitalisierung, Effizienz und Bürgernähe voranbringt. Bislang fehlt es jedoch an überzeugenden Konzepten, wie der öffentliche Dienst in Bayern langfristig attraktiver und zukunftsfest aufgestellt werden kann.